

WIESBADEN. Viele Menschen blieben trotz eisiger Kälte vor dem Wiesbadener Rathaus stehen, um den Reden zuzuhören, die bei der Mahnwache der Wiesbadener Regionalgruppe der Omas gegen Rechts gehalten werden. Sie handeln von der Kälte eines einzelnen Autokraten in Russland, der die Freiheit einer ganzen Nation beschneide und die Demokratie abschaffen wolle. Sie handeln auch von jenen, die Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit in unserer Gesellschaft zur Schau stellten und sich das Geschehen um die Corona-Pandemie zunutze machten, um Fake News über eine sogenannte „Coronadiktatur“ zu verbreiten.

„Wir sind mehr!“, heißt die Aktion, die seit dem 5. März bundesweit in 40 deutschen Städten mit Mahnwachen stattgefunden hat und die mit der Kundgebung am 2. April in Wiesbaden ihr Ende hat. „Wir setzen ein Zeichen für Respekt, Toleranz, Solidarität und unsere Demokratie“, lautete das Motto. Denn die Mehrheit in der Gesellschaft seien gegen das zerstörerische Gedankengut, die wenigsten sprächen es jedoch öffentlich aus. Ihnen wollten die Omas gegen Rechts eine Stimme geben und die Möglichkeit, unter anderem mit ansteckbaren Schleifen ihre Solidarität zu zeigen. Gleichzeitig wurde der Opfer von Corona gedacht und aller im Gesundheitsbereich Beschäftigten und ihrer Situation. Aber auch der Opfer des Kriegs in der Ukraine.

Bundesweit haben sich bekannte Persönlichkeiten bereit erklärt, als Projektbotschafter



„Wir setzen ein Zeichen für Respekt, Toleranz, Solidarität und unsere Demokratie“, lautet das Motto der Mahnwache der Omas gegen Rechts vor dem Wiesbadener Rathaus.

Foto: Volker Watschounek

der Aktion zu fungieren, berichtete Irene Fromberger von Omas gegen Rechts. Unter ihnen seien viele Politikerinnen und Politiker von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Grußworte geschickt hatten Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland und Irme Stetter-Karp, die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Der Wiesbadener Sozialdezernent Christoph Manjura (SPD) nahm in seiner Rede das Zitat von Bundeskanzler Olaf Scholz von der „Zeitenwende in der Geschichte unse-

res Kontinents“ auf, um darauf hinzuweisen, „wie zerbrechlich, kostbar und selbstverständlich Freiheit und Frieden in Europa in den vergangenen Jahr(zehnt)en gewesen sind“.

Unmut über Zustände in Krankenhäusern und Pflege

Sehe man die Taten des russischen Autokraten, muteten die Aktionen derjenigen zynisch an, die gegen Impfpflicht und die Einschränkung ihrer Grundrechte demonstrieren – Demonstrationen, die nur wegen der Demokratie möglich seien. Verwunderlich sei, dass es eine „hohe Schnittmenge zwischen den Menschen gebe, die einerseits in Deutschland

ihre Freiheit eingeschränkt sehen und gleichzeitig Verständnis für den Autokraten zeigen“. Mache man sich das bewusst, könne leicht der Eindruck entstehen, dass wir zurzeit in „dunklen Zeiten“ lebten.

Für alle Beschäftigten sprachen Sascha Schmidt, der Vorsitzende des DGB Wiesbaden Rheingau-Taunus und Christin Jakob, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der HSK Wiesbaden. Schmidt warnte davor, die Impfgegner und ihre Versammlungen allesamt zu verdammen. Es handle sich um ein breites Spektrum von Menschen, die nicht alle den Neonazis oder Reichsbürgern zuzurechnen seien, um ein

„radikalisertes, aber doch eher bürgerliches Spektrum“ – im Sinne einer „rohen Bürgerlichkeit“. In diesem Zusammenhang sei es „ein nachhaltiger Handlungsansatz zur Stärkung der Demokratie“, die politische Bildung mehr in die schulische Bildung zu integrieren. Christin Jakob machte in ihrer Rede die Zustände in den Krankenhäusern, den Pflegebereichen und bei den Pflegekräften deutlich und forderte die Umstehenden dazu auf, ihren Unmut darüber jederzeit vorzubringen, nicht zuletzt mit dem richtigen Kreuz auf dem Wahlzettel. Das Ende der Kundgebung bildete eine kurze Andacht des evangelischen Stadtdekan Martin Mencke.